

JUBLIÄUM

BAUKADER: Die Mitglieder feiern den 100. Geburtstag ihres Verbandes **SEITE 12**

WANDERUNG

HEGIBERG: An Höhe gewinnt man über das eiserne «Himmelsleiterli» **SEITE 13**



EIN STÜCK ZÜRICH

NIEDERDORFOPER: Maja Brunner spielt Immeli, die Serviertochter **SEITE 15**

Jugendarbeiter für alle Quartiere

Die Mobile Jugendarbeit Winterthur (Mojawi) wird auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt. Gegen den Widerstand von FDP und SVP erhöhte gestern eine Ratsmehrheit den jährlichen Beitrag der Stadt auf 275 000 Franken.

Seine Fraktion habe lange und intensiv diskutiert, dann aber beschlossen, den Kreditantrag abzulehnen, sagte Werner Badertscher gestern namens der SVP. Sinnvoller als jährlich 225 000 Franken an die Mobile Jugendarbeit Winterthur auszugeben, wäre es, das Geld für eine Aufstockung des Jugenddienstes der Stadtpolizei auszugeben. Denn dieser sei, so Badertscher, im Gegensatz zu den

len Jugendarbeit verzichten müssten, doppelte Nik Gugger (EVP) nach.

Dessen freisinniger Konkurrent im Rennen um die Stadtratssitze, Stefan Fritschi, erinnerte hingegen an die angespannte Finanzlage: «Der Stadtrat hat ein Konzept, wie er mit den knappen Mitteln umgeht, und er gibt genug Geld aus, wir müssen nicht noch mehr ausgeben.» Das Angebot der Mojawi liesse sich auf weitere Stadtgebiete ausweiten, ohne zusätzliche Mittel, sagte Fritschi. Dem widersprach Marianne Ott (SP): «Es braucht eben eine Minimalpräsenz, damit Jugendarbeit etwas nützt.» Sozialvorsteherin Maja Ingold hielt abschliessend fest, dass die beiden Stadtteile durch punktuelle Aktionen schon bisher von Mojawi profitiert hätten. «Der Stadtrat lehnt den Zusatzantrag ab, obwohl es für eine flächendeckende Mobile Jugendarbeit gute Argumente gibt.»



Die Mobile Jugendarbeit Winterthur sucht die Jugendlichen dort auf, wo es manchmal zu Konflikten kommt: im öffentlichen Raum. Archivbild: Marc Dahinden

«Es wäre nur konsequent, die Mobile Jugendarbeit flächendeckend zu betreiben»

David Berger, AL-Gemeinderat

Jugendarbeitern der Mojawi auch in den Randstunden unterwegs, also dann, wenn Jugendliche die meisten Probleme verursachen.

Die SVP stand mit ihrem Widerstand gegen den Antrag um Kreditverlängerung (inklusive Teuerungsvereinbarung) zunächst alleine auf weiter Flur, fand dann aber unverhofft einen Verbündeten in der FDP: Diese sprach sich zwar grundsätzlich für eine Kreditverlängerung der seit 2004 unterstützten Mojawi aus. Die freisinnige Gemeinderätin Christine Denzler drohte aber eine Ablehnung des Antrags an, falls der Kredit um weitere 50 000 Franken erhöht werden sollte.

Löcher im Betreuungsnetz

Eine solche Krediterhöhung forderte ein Zusatzantrag der SP, der zuvor in der Sachkommission Soziales und Sicherheit mit 5:2 Stimmen passiert war. Für eine Aufstockung des Kredites spricht, dass die Mojawi bisher aus Kapazitätsgründen die beiden Stadtteile Veltheim und Töss nicht betreuen konnte – eine Tatsache, an der sich auch viele Parlamentarier stören: «Es wäre nur konsequent, die Mobile Jugendarbeit flächendeckend zu betreiben», sagte AL-Gemeinderat David Berger. Den Kredit nicht zu erhöhen bedeute, hinzunehmen, dass 16 000 Einwohner auf die Vorteile der mobi-

FDP setzt Protestnote

Der Zusatzantrag wurde schliesslich mit 32 zu 22 Stimmen gutgeheissen. Die FDP machte in der Folge ihre Ankündigung wahr und verweigerte dem Antrag zur Kreditverlängerung die Zustimmung, ebenso wie die SVP. Der Antrag passierte nichtsdestotrotz deutlich – entsprechend der Mehrheitsverhältnisse im Rat.

«Der Stadtrat gibt schon genug Geld aus, wir müssen nicht noch mehr ausgeben»

Stefan Fritschi, FDP-Gemeinderat

Für die Mojawi, die vom Verein Subita getragen wird, bedeutet der Entscheid, dass eine zusätzliche Betreuungsperson eingestellt werden muss, wie Ko-Leiter Thomas Bollmann auf Anfrage sagte. Allenfalls werde auch eine Reorganisation der Leitungsstrukturen nötig. Für die Mitarbeiter der Mojawi sei die Kreditverlängerung im Vordergrund gestanden. «Das zusätzliche Geld ist eine Anerkennung unserer Arbeit.» IMARC LEUTENEGGER

Eine Million für Fachschule

Oppositionslos bewilligte der Gemeinderat einen Investitionsbeitrag der Stadt von einer Million Franken an die Stiftung Schweizerische Technische Fachschule Winterthur (STFW). Diese will ihr Schulgebäude an der Schlossstrasse für 7 Millionen Franken um einen Trakt mit vier Werkstätten für die Ausbildung von Automobil- sowie Gebäudetechnikern erweitern. Für zusätzliche 7 Millionen Franken sollen die bestehenden Gebäude energetisch saniert werden.

Der Beitrag der Stadt ist abhängig davon, ob die STFW die Drittmittel von insgesamt 13 Millionen Franken von Bund, Kanton Zürich sowie weiteren Trägern der Stiftung aus der Automobil-, Gebäude- und Elektrotechnikbranche zugesprochen erhält. Zudem verlangt die Stadt einen Baubeginn 2010 oder 2011. (dh)

Finanzausgleich: Stadtrat droht mit Nein

Der Stadtrat stellt seine Strategie im Kampf um mehr Geld aus dem kantonalen Ausgleichstopf vor.

Winterthur könne dem neuen Finanzausgleichsgesetz nur zustimmen, wenn die Stadt als Abgeltung für ihre zentralörtlichen Leistungen 110 Millionen Franken erhalte, sagte Finanzvorständin Verena Gick (FDP) gestern im Gemeinderat. Das kantonale Gemeindeamt – zuständig für die Reform des Ausgleichs – hatte zuletzt 74 Millionen Franken offeriert.

«Wenn wir Erfolg haben wollen, müssen sie und ihre Parteikollegen im Kantonsrat unsere Position mit vollem Herzen unterstützen», sagte Stadtpräsident Ernst Wohlwend (SP). Dass er und Gick zur Strategie in Sachen Finanzausgleich im Parlament refe-

rierten, sei zwar unüblich, aber mit der Dringlichkeit des Anliegens erklärbar.

Mit drei Punkten begründeten Gick und Wohlwend die Forderung nach einem höheren Zentrumslastenausgleich. «Wir haben lange Jahre wenig in die Infrastruktur investieren können», sagte Wohlwend. Alleine bis ins Jahr 2014 würden deshalb Investitionen von 500 Millionen Franken für Schulhäuser, Bahnhof und Polizeigebäude sowie viele kleinere Projekte fällig. Hoch sei auch die Grundlast der Stadt etwa für die Werterhaltung der Infrastruktur. «Zudem kostet auch das schnelle Wachstum viel Geld.»

Ähnlich viel wie Zürich

«Einer hohen Zentrumslast steht ein tiefer Zentrumsnutzen gegenüber», sagte Gick. Sie stütze sich auf eine Studie, die Winterthurs Ausgaben für Soziale Wohlfahrt, öffentliche Sicher-

heit sowie Kultur und Freizeit schweizweit an der Spitze sieht. «Der Kanton hat falsch gerechnet», sagte Gick. Zu lange habe Winterthur unter kantonalen Kontrolle zu wenig investieren können und zudem einen beachtlichen Teil der Zentrumslasten aus eigenen Steuermitteln bezahlt.

«Wir wollen pro Kopf ähnlich viel Geld aus dem Finanzausgleich erhalten wie Zürich», sagte Gick, nämlich 1260 Franken statt der vorgeschlagenen 800 Franken. «Wenn nicht, gehen wir in die Opposition.» Das heisst, Winterthur würde sich dann gegen das Finanzausgleichsgesetz in seiner aktuellen Form stellen mit dem Ziel, die Reform scheitern zu lassen. Vorderhand aber plant der Stadtrat seine Strategie zusammen mit der Stadt Zürich umzusetzen. «Zürich unterstützt uns», sagte Gick. «Aber es wird ein schwieriger Kampf sein.» (dh)

AUSSERDEM IM RAT

Ombudsstelle stärken

Unisono unterstützten die Gemeinderäte eine Motion, die den Empfehlungen der Ombudsperson mehr Gewicht geben will («Landbote» von gestern). Eine Antwort auf jede Empfehlung hin sei das Mindeste, sagte Motionär Felix Helg (FDP). Der Stadtpräsident versprach eine sorgsame Umsetzung des Anliegens.

Das Mass der Beschallung

Irritiert hat David Berger die Beschränkung der Zulassung von Strassenmusikern. Zu einer attraktiven Stadt gehörten auch Strassenmusikanten, sagte der AL-Gemeinderat in einer Fraktionserklärung. Stadtrat Michael Künzle (CVP) verwies auf das Ruhebedürfnis von Anwohnern und Gewerbe: «Wir wollten die Beschallung auf ein erträgliches Mass senken.» Über die neue Praxis wird nach einem halben Jahr Zwischenbilanz gezogen. (dh/mcl)

SPLITTER & SPÄNE

Am Freitag sind die Gemeinderätinnen und -räte eingeladen, sich im Sommertheater die Komödie «Alles Liebe» anzusehen. «Bisher haben sich die meisten noch nicht in die Teilnehmerliste eingetragen», mahnte Gemeinderatspräsidentin Yvonne Beutler (SP) ihre Kollegen. Ob es am Titel liegt oder an der Gattung – vielleicht wäre es ja beim Drama «Hass» anders – dass sich so wenige Politiker für das Theater interessieren, entzieht sich unserer Kenntnis. Bis nach der zweiten Sitzung blieb den Parlamentariern gestern Gelegenheit, sich nachzumelden.

Das werde ich mir nicht mehr gefallen lassen», sagte Jack Würigler (SP) zu Parteikollegin und Ratspräsidentin Yvonne Beutler. Diese hatte Würigler nicht direkt nach seinem Parteikollegen Roland Wirth zur Reform des Finanzausgleichs Stellung beziehen lassen, sondern erst nachdem René Isler (SVP) sich dazu geäussert hatte. Und dies obwohl Würigler seine Wortmeldung vor Isler angekündigt hatte. Die Ratsordnung lasse der Präsidentin Spielraum, zitierte Beutler den entsprechenden Paragraphen. «Ich habe im Sinne der Dramaturgie der Debatte entschieden.» (dh)

Begriffe genauer definieren

Zu oft schon seien sich Gemeinderat und Stadtrat über die Begriffe gebundene und ungebundene Kosten uneinig gewesen, sagte Silvio Stierli (SP). «Wir verlangen, die Begriffe in der Gemeindeordnung näher zu umschreiben.» So lasse sich ein Streit vermeiden, wie er 2008 vor dem Bezirksgericht mit einem knappen Sieg des Stadtrats endete. Der Stadtrat hatte die 8 Millionen Franken für die Sanierung des Schlosses Wülflingen für gebunden erklärt und damit der Kompetenz des Gemeinderates entzogen. Unterstützung erhielt die SP von der SVP sowie der GLP/EVP/EDU-Fraktion. Die anderen Parteien lehnten eine genauere Definition ab. «Als einziges Kriterium würde die Höhe des Betrages übrig bleiben», zeigte sich Dominique Schraft (Grüne) überzeugt. Der Rat überwarf die Motion gleichwohl mit 35 zu 20 Stimmen. (dh)